Preis der Einzelnummer 5 Grusch

Bezugspreis
Inland: 1 Monat 1.75 T. Pfd., 3 Monate 4.75 T.Pfd., 6 Monate 8.50 T.Pfd., 12 Monate 15.- T. Pfd. Ausland 1 Monat 5.- R.-Mark, 3 Monate 13 - R.-Mark 6 Monate 25.- R.-Mark oder Gegenwert Alles einschliesslich Porto. Inserate: 1. Seite 1 cm. 100 Grusch, 2. Seite 75 Grusch, 3 Seite 60 ---- Grusch, 4 Seite 30 Grusch. ----
(Inlandspreise)

Geschaftsleitung: Schischhane-Karakol Jokuschu, Saverio-Caleja-Gasse, Phoenixhaus
Drahtanschr.: Turkpost
Fernspr.: Pera 1733
Postfach: Galata 269.

Türkische Post

تورکیشه پوسطه

نسخه‌سی ۵ غروش
آبونه
داخل ایچون : یلیغه ۱,۷۵ دورت آیلیغه ۴,۷۵ بر
آلتی آیلیغه ۸,۵ یدی آیلیغه ۱۵ بر
خارج ایچون : یلیغه ۵ دورت آیلیغه ۱۳ مارک
آلتی آیلیغه ۲۵ مارک آبونه بدلی برشه‌جه‌در
اعلانات :
۱ نجی صحیفه‌ده سانتیمتری ۱۰۰ ، ۲ نجی صحیفه‌ده ۷۵
۳ نجی صحیفه‌ده ۵۰ ، ۴ نجی صحیفه‌ده ۳۰ قروش
اداره‌خانه : شیشانه ، قره‌قول یوقوشی ، سارای ، فینیقس خانه‌سی
تلغراف آدریسی : ترک پوستاسی ، غلاطه ، پیاله‌لی خانی ۱۷۳۳
پوسته قوتوسی ، غلاطه ۲۶۹

Konstantinopel, Montag, 10. Okt. 1927

2. JAHRGANG NO. 280

Tageszeitung für den Nahen Osten

Organ der Deutsch-Türkischen Vereinigung, Berlin, der Türkisch-Deutschen Handelskammer, Hauptsitz Frankfurt a. M. und der Deutschen Wirtschaftskammer für Oesterreich, Wien.

Tagesspiegel.

بلغارستان مطبوعاتی اومیتیه‌سی حادثه‌لری حفظه‌دکی مسئولیتی رد ایدرك حکومتنه حدود منطقه‌سنده ادارهٔ عرفیه‌نی اعلان ایده‌جکنی ظن ایتمکده‌در.

§ (شانزی) والیسی شمالی قطعاتی طرفندن مغلوب اولنمشدر.

§ واراناده واوهسه کلان بر لیمان شهرك برقاچ قصابنی صو آلتنه قویمشدر.

§ «سیر اوستن چامبرلاین» لوندره متوجهاً پاریس ترك ایتمشدر.

Die bulgarische Presse lehnt jede Schuld an den Komitadschizwischenfällen ab und meint, die Regierung werde über die Grenzgebiete den Belagerungszustand verhängen.

Der Gouverneur von Schamsi wurde von den Nordtruppen geschlagen.

Eine Ueberschwemmung setzte Teile von Warna unter Wasser.

Sir-Austen Chamberlain hat Paris verlassen und sich nach London begeben.

Graf Bethlen zum Trianon-Vertrag

Budapest, 8. Oktober (A.A.)

Ministerpräsident Graf Bethlen lässt durch die Ungarische Telegraphenagentur eine Erklärung zu den in letzter Zeit von der ungarischen Presse lebhaft diskutierten französisch — ungarischen Verhandlungen von 1920 veröffentlichen. Wahres und Falsches, erklärt Graf Bethlen, sei von der Presse vermengt worden. Das eigentliche Resultat der fraglichen Verhandlungen bestehe in der dem Vertrage von Trianon beigefügten Note Millerands, die eine mögliche Abänderung der Grenzziehung um Ungarn erwähnt. Die später mit Frankreich gepflogenen Unterhandlungen hätten die Konkretisierung dieser Note zum Gegenstand gehabt, und Ungarn habe wirtschaftliche Begünstigungen und Garantien verlangt. Trotz allen guten Willens aber seien diese Garantien nicht zu erhalten gewesen. Wenn diese Verhandlungen auch zu keinen sofortigen Resultaten geführt hätten, so bestehe ihre grosse Bedeutung doch in der Tatsache, dass ernste französische Staatsmänner schon damals die Ungerechtigkeiten des Vertrages von Trianon erkannten und sich bereit erklärten, eine Politik zur Beseitigung dieser Ungerechtigkeiten, vorzubereiten. Dadurch sei Ungarn eine moralische und juridische Grundlage gegeben worden, um zu gelegenerer Zeit die Anwendung gerechterer Grundsätze verlangen zu können. In den Verhandlungen mit Frankreich sei Ungarn nicht die Rückgabe abgetretener Gebiete oder der Abschluss eines Freundschaftsvertrages angeboten worden. Graf Bethlen bestreitet energisch, dass diese Verhandlungen sich jemals um militärische Pläne gedreht haben und dass jemals von der Organisation und Ausrüstung einer ungarischen Armee, sowie von deren Entsendung gegen die Sowjets die Rede gewesen ist.

Die angebliche Paleologuenote.

Budapest, 8. Okt.

Die hiesige Zeitung «Magyarsag», die, wie s. Zt. berichtet, eine angeblich amtliche französische Note an die ungarische Regierung mit dem Angebote der Rückgabe von Ungarn im Trianonfrieden abgetrennten Gebietsteilen veröffentlicht hatte, sieht sich nun gezwungen, den grössten Teil ihrer Behauptungen zu widerrufen. Es stellt sich heraus, dass es sich nicht um eine Note, sondern nur um ein Protokoll handelt, in dem der Gegenstand intimer Besprechungen zwischen Apponyi, Bethlen und Paleologue aufgezeichnet ist. Das Protokoll ist auch nicht von französischer, sondern von ungarischer Seite und auch nur als Entwurf angefertigt worden; es ist entgegen der Veröffentlichung der Magyarsag von dem Engländer Barker nicht unterzeichnet. Selbst die Unterschrift Paleologues ist eine Fälschung.

Es kann also keine Rede davon sein, dass Frankreich den Ungarn die Restitution abgetrennter Gebiete amtlich angeboten hat. Selbst die französische Anregung, Ungarn möchte Polen Waffenhilfe gegen Russland leisten, datiert erst Monate später als das so heftig umstrittene Protokoll. Auch diese französische Anregung wird von halb offizieller ungarischer Seite als nicht ernst gemeint bezeichnet, da Ungarn, selbst wenn es Polen hätte zu Hilfe eilen wollen, niemals diese Hilfe innerhalb der von den Franzosen geforderten Frist hätte organisieren können.

Ein Dementi des persischen Geschäftsträgers.

Der persische Geschäftsträger richtet an die Zeitung «Milliet» folgendes Telegramm:

«Die Nummer Ihrer Zeitung vom 8. Oktober enthält Erklärungen über die persische Antwortnote, die auf einem Gespräch mit Ihrem Korrespondenten beruhen. Ich habe in diesem Gespräch wohl von den aufrichtigen Absichten meiner Regierung und den freundschaftlichen Beziehungen, die zwischen unseren beiden Ländern herrschen, gesprochen, aber ganz und gar nichts über den Inhalt der Antwortnote Ihrem Korrespondenten gegenüber verlautet. Ich bitte Sie daher diesen Passus in Ihrem geschätzten Blatte zu berichtigen».

Mechmed Said
Persischer Geschäftsträger.

Der Gasi aus Brussa abgereist.

Brussa, 9. Oktober.

Der Staatspräsident hat Brussa verlassen und sich über Karaköj nach Angora begeben. Bis Karaköj wurde der Gasi von den Spitzen der Behörden und der Stadtgemeinde, sowie von Delegierten der verschiedensten Korporationen begleitet.

Das Vermögen der Austauschfreien.

Athen, 9. Okt.

Das griechische Aussenministerium hat den Präsidenten der griechischen Delegation bei der Gemischten Austauschkommission, Diamantopulos, mittlerweile die Liste der Güter der austauschfreien Türken, die zurückgegeben wurden oder im Begriffe sind, zurückgegeben zu werden, sowie einige Instruktionen übersandt. Die griechische Regierung hofft, dass die Unstimmigkeiten zwischen der griechischen und türkischen Regierung in Bälde beseitigt sein werden. Griechenland hat dem Gesandten in Angora gleichfalls Instruktionen in dieser Angelegenheit übermittelt. Der Aussenminister Michalakopulos wird sofort nach seiner Rückkehr aus Europa sich mit der griechisch-türkischen Angelegenheit befassen.

Bankett des türkischen Gesandten in Sofia.

Sofia, 8. Oktober (A.A.)

Der türkische Gesandte Husref Bej und dessen Gattin veranstalteten zu Ehren des gegenwärtig auf der Durchreise nach Angora sich hier aufhaltenden bulgarischen Gesandten in der Türkei, Pawloff, ein Diner. An der Feierlichkeit nahmen Vertreter des bulgarischen Hofes, die hohen Beamten des Aussenministeriums und mehrere Mitglieder des diplomatischen Korps mit ihren Damen teil.

Deutsch in der Türkei.

Prof. Artin Tumajan Abdullah Effendi hat sich angetragen, ehrenamtlich an der philosphischen Fakultät der Universität Kurse für Deutsch und am Türk Odschagi Kurse für Deutsch und Italienisch zu veranstalten. Prof. Tumajan bereitet auch ein deutsch-türkisches Lexikon vor.

Die Zeitungen am Volkszählungstage.

Ueber das Erscheinen oder Nichterscheinen der Tageszeitungen am Volkszählungstage und am darauffolgenden Tage ist vom Innenministerium bisher noch keine Entscheidung getroffen worden.

Wolkenbruch über Warna.

Sofia, 9. Oktober (A.A.)

Infolge Gewitters mit nachfolgenden wolkenbruchartigen Regengüssen entstanden in der Gegend von Warna riesige Ueberschwemmungen, die verschiedene Viertel der Stadt unter Wasser setzten. Zahlreiche Häuser stürzten ein, die Zahl der Todesopfer ist noch nicht bekannt.

***

Der gestrige Sturm im Schwarzen Meer erreichte die Windstärke von 16 Sekundenmetern. Das Herbstwetter hat seinen Einzug gehalten. Auch für heute werden Nordwinde, Bewölkung und leichte Regenfälle vorausgesagt.

Bulgarien zur serbischen Note.

Belagerungszustand über die Grenzgebiete?

Sofia, 9. Okt.

Die Presse bespricht eingehend die infolge der letzten südslawischen Demarche geschaffene Lage.

Die Blätter betonen einstimmig, dass man Bulgarien niemals für Dinge verantwortlich machen könne, die es nicht vorauszusehen vermöge, und die es nicht die Macht habe zu hindern, da sie auf Gebieten stattgefunden hätten, die der Hoheit der bulgarischen Regierung nicht unterständen. Trotzdem sähe aber die bulgarische Regierung vor, wie einzelne Blätter zu berichten wissen, um einen letzten Beweis ihres Entgegenkommens zu geben, über die Grenzgebiete von Küstendil und Petritsch den Belagerungszustand zu verhängen. Eine derartige Anordnung verlange aber die Unterschrift des Königs, der sich gegenwärtig im Auslande befindet. Man nimmt daher an, dass vor seiner Rückkehr und vor dem Zusammentritt der Kammer, die diesen Schritt sanktionieren müsse, nichts unternommen werden könne.

Die südslawische Gesandtschaft vor der Abreise?

Berlin, 8. Oktober (A.A.)

Das bulgarische Kabinett berät gegenwärtig über die auf das südslawische Ultimatum zu erteilende Antwort.

Die Pässe des Personals der südslawischen Gesandtschaft in Sofia sind visiert worden. Die Abreise der Gesandtschaft oder ihr Verbleiben hänge von der Entscheidung ab, die die bulgarische Regierung treffen wird.

Auswärtige Pressestimmen.

Paris, 8. Okt. (A.A.)

Nach dem «Intransigeant» besteht die Möglichkeit, dass England und Frankreich bei der Belgrader Regierung neuerdings Vorstellungen erheben, wie sie durch den Ernst der Lage erforderlich geworden seien.

Paris, 9. Okt. (A.A.)

Der «Populaire» sieht in der Wiederholung der Zwischenfälle auf dem Balkan die Folge der «ehrgeizigen Intrigen» vor allem Italiens, das Albanien nicht aus dem Auge verliere und Südslawien absichtlich Schwierigkeiten schaffe.

Der französisch-russische Notenwechsel.

Paris, 8. Okt. (AA)

Der Quai d'Orsay veröffentlicht den Brief- und Notenwechsel zwischen Herbette und Tschitscherin in Sachen Rakowskis.

Herbette, dem am 1. Oktober mitgeteilt worden war, dass Tschitscherin erkrankt sei, forderte von dessen Vertreter Litwinoff gemäss der Entscheidung des französischen Ministerrats vom 30. v. M., die die Angelegenheit Rakowskis von der der Schuldenregelung trennte, die beschleunigte Abberufung des russischen Botschafters in Paris.

Am 4. Oktober erbat Tschitscherin von Herbette brieflich eine schriftliche und begründete Darlegung dieses Beschlusses der erwähnten Ministerratssitzung.

Darauf schrieb Herbette unter dem 5. Oktober an Tschitscherin, dass die Unterschrift Rakowskis unter ein Manifest der 3. Internationale eine offensichtliche Verletzung der am 29. Oktober 1924 von den Sowjets gelegentlich ihrer Anerkennung der französischen Regierung übernommenen Verpflichtung der Nichteinmischung darstelle.

Nachdem die Sowjets unter dem 29. August die von Frankreich gewünschte Desavouierung Rakowskis ausgesprochen hätten, habe die französische Regierung angenommen, dass man Rakowski, dessen moralische Autorität sich sehr verringert habe, abberufen würde. Dazu komme, dass Rakowski die sich aus seiner Stellung von selbst ergebende Reserve ein zweites Mal durchbrochen habe, indem er sich in der Frage der Schuldenregelung an die Presse wandte. Da Rakowski gegenüber der Anregung des französischen Aussenministeriums, selbst seinen Rücktritt zu fordern, taub geblieben sei, habe die französische Regierung aus reiner Höflichkeit den Sowjets überlassen, in welcher Form sie Rakowski abberufen wolle. Nachdem auch die Sowjets dieser Erwartung nicht entsprochen hätte, habe Frankreich am 29. September die Abberufung Rakowskis in aller Form verlangt.

Die grosse Mehrheit der französischen Blätter erklärt sich mit der Haltung der französischen Regierung in der Rakowski-Angelegenheit, so wie sie jetzt erscheint, einverstanden.

Der Moskauer Gesandte in Teheran

Moskau, 8. Oktober.

Bei einen Empfang erklärte der neue Sowjetgesandte Daftian in Teheran der Presse, dass die Sowjetregierung bemüht sei, die freundschaftlichen Beziehungen, die die Sowjetregierung zu Persien unterhalte, weiter zu verbessern. Die bisherigen Zugeständnisse, die die Sowjetregierung in den russisch-persischen Handelsvertragsverhandlungen gemacht haben, bewiesen, dass die Sowjetregierung nicht nur Worte mache, sondern auch durch Taten die Freundschaft gegenüber Persien beweise. Die Sowjetregierung müsse anerkennen, dass auch persischerseits das Bestreben vorherrsche, sich gut zur Sowjetregierung zu stellen. Insbesondere begrüsse die Sowjetregierung das Verbot von Emigrantenorganisationen in Persien.

***

Aus London wird gemeldet; dass der neue russische Gesandte in Teheran Dawtian dem Schah sein Beglaubigungsschreiben überreicht hat.

Der Marokkobesuch des spanischen Königspaares.

Melilla, 8. Okt. (A.A.)

Nach einem Besuch in Alhucemas und San Juro traf das spanische Königspaar in Melilla ein.

Aus Deutschland.

Ergänzungen zum deutsch-französischen Handelsvertrag

Paris, 9. Okt. (A.A.)

Briand und der deutsche Botschafter in Paris unterzeichneten zur Vervollständigung des deutsch-französischen Handelsvertrags am. 5. d. M. zwei Erklärungen über die juristische Stellung der Staatsangehörigen und Firmen des einen der beiden Länder in dem Gebiet des andern.

Zusammentritt des Reichstages.

Berlin, 8. Oktober.

Der Reichstag wird am 17. Oktober wieder zusammentreten.

Erdbeben in Wien.

Paris, 8. Oktober (A.A.)

In Wien, Pressburg und Prag ist nach hier einlaufenden Meldungen ein leichtes Erdbeben verspürt worden. Die Sachschäden sind gering; Menschen wurden nicht verletzt.

Der Kongress der Völkerbundsligen.

Das österreichische Problem.

Sofia, 8. Oktober.

Der deutsche Vertreter Graf Bernstorff ist zum Vorsitzenden des gegenwärtig hier tagenden Kongresses der Völkerbundsvereinigungen gewählt worden.

Sofia, 8. Okt. (A.A.)

Heute nachmittag nahm der Kongress der Völkerbundsligen seine praktische Arbeit auf. Der ständige Sekretär Ruysson berichtete über die Tätigkeit des Vorstandes seit dem Maikongress. Darauf wurden die Ausschüsse gebildet.

Im Fortgang der Diskussion wurden eine Resolution gegen den Giftgaskrieg und ein ungarischer Antrag zur Prüfung der Optantenfrage angenommen.

Die Debatte wandte sich darauf dem österreichischen Problem zu. Die österreichische Delegation beantragte die Entsendung einer Kommission nach Oesterreich zum Studium der dortigen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse. Dieser Antrag stiess jedoch auf heftigen Widerstand insbesondere bei der italienischen und französischen Delegation, die hinter diesem Antrage eine Förderung der Anschlussbewegung zu sehen glaubten. Nach langen Auseinandersetzungen wurde einstimmung ein italienisch-rumänischer Antrag angenommen, die lediglich diejenigen wirtschaftlichen und finanziellen Massregeln studieren soll, durch die Oesterreich unter Respektierung der bestehenden Verträge aufgeholfen werden könnte. Die französische Delegation versuchte vergeblich, auch diesen Antrag zu Fall zu bringen.

Heute Abend finden zu Ehren des Kongresses eine Galavorstellung in der Oper und ein Festessen beim Ministerpräsidenten statt.

Letzte Nachrichten

Kundgebungen in Südslawien.

Belgrad, 9. Okt. (A.A.)

Der König Alexander ist von seinem Landaufenthalt nach Belgrad zurückgekehrt.

Im Lande, besonders in Mittelserbien ist es zu zahlreichen Kundgebungen als Protest gegen die Komitadschiattentate gekommen. Man fordert allgemein schnelle und energische Gegenmassnahmen.

Belgrad, 9. Okt.

Der von Komitadschis ermordete General Kowatschewitsch wurde unter grosser Feierlichkeit zu Grabe getragen.

Der Jahrestag von Wilna.

Warschau, 9. Oktober (AA)

In Gegenwart des Marschalls Pilsudski und mehrerer Minister fand hier die Feier des 7. Jahrestages der Wiedereinverleibung des Wilnagebietes in Polen statt.

Chamberlain und Briand.

Paris, 9. Okt. (AA.)

Sir Austen Chamberlain und Briand besprachen gelegentlich eines gemeinamen Frühstücks die beide Staaten interessierenden Angelegenheiten, vor allem die gegenwärtige Lage auf dem Balkan.

Sir Austen Chamberlain verliess am Abend Paris, um sich nach London zu begeben. Briand erklärte nach der Abfahrt Pressevertretern, dass zwischen den beiden Aussenministern bezüglich der schwebenden Fragen volles Einvernehmen bestände.

Zaleski in Nizza.

Paris, 9. Okt. (A.A.)

Zaleski hat in den Abendstunden Paris verlassen und sich nach Nizza begeben.

Ein Sieg der Nordchinesen.

London, 9. Okt. (A.A.)

Wie die Reuteragentur aus Peking erfährt, sollen die Nordtruppen den Gouverneur von Schamsi geschlagen haben,

Frankreich und das Elsass.

Die neue Autonomistenpartei.

Die zahlreichen Schwierigkeiten, unter denen die französische Aussenpolitik zu leiden hat, sind bekannt; wir nennen nur als wichtigste den französisch-amerikanischen Zollkrieg, die noch immer ungeklärte Frage der Kriegsschuldabdeckung, die Frage der Auseinandersetzung mit Russland, und schliesslich auch der Zwiespalt Briand-Poincaré, der bei Bearbeitung gewisser Fragen der Aussenpolitik groteske Formen annimmt. Zu ihnen gesellen sich neuerdings auch solche innerpolitischer Art. Wir wollen heute schweigen von den wachsenden kommunistischen Umtrieben in Heer und Flotte, die obwohl ängstlich vertuscht und verschwiegen, dennoch in einigen besonders krassen Beispielen ruchbar wurden und die öffentliche Meinung beunruhigen und zu scharfen Gegenmassregeln seitens der Pariser Zentralbehörden Anlass geben. Zu diesen und anderen Fragen kommt neuerdings noch und ganz unerwarteter Weise die Minderheitenfrage.

Dass es im Elsass schon lange nicht so ging wie man im Jahre 1918 in Paris und vielleicht auch an einigen unverantwortlichen Stellen in Frankreich hoffte, ist seit langem bekannt. Bisher gelang es aber immer noch, der elsässischen Eigenbrödler Herr zu werden, denen man nur vorzuhalten brauchte, sie strebten nach Deutschland zurück, um sie zum Einlenken zu bewegen. Denn auch das muss der Chronist feststellen: der Mehrzahl der Bevölkerung liegt immer noch die nicht ganz geschickte Vorkriegspolitik Preussens in den Reichslanden sehr in den Knochen. So genügte solch ein Vorwurf meist, um die unbequemen Schreier wieder den Pariser Wünschen gefügig zu machen. Wenn aber Frankreich glaubte, dass diese Gefügigkeit sich so weit erstrecken werde, dass das Elsass-Lothringen nun mit offenen Armen in den französischen Staatenverband eingehen würde, so hatte man sich in Paris über die Hartnäckigkeit der alemannischen Dickköpfe gänzlich abwegigen Vorstellungen hingegeben. Vor kurzem erst konnte die T. P. melden, dass sich in Strassburg eine neue Partei, die sog. Autonomistenpartei gebildet habe. Die Partei wendet sich ausdrücklich gegen den Vorwurf des Separatismus. Sie will zwar, wie ihr Name besagt, die Autonomie Elsass-Lothringens, will sie aber im Rahmen des französischen Staates verwirklichen. Ihr Endziel ist die Schaffung eines freien Elsass-Lothringens, das als Vermittler zwischen Deutschland und Frankreich im europäischen Volkskonzert, die ihm geographisch zustehende Rolle spielen kann.

Die Strassburger «Zukunft» veröffentlicht neuerdings die Programmpunkte dieser Partei, die wir im Folgenden in kurzen Stichworten wiedergeben wollen:

1.) die elsässisch-lothringische Art muss erhalten und unterstützt werden;

2.) die deutsche Sprache ist Grundlage des Unterrichts und die Hauptsprache im öffentlichen Leben, in der Verwaltung und in der Kirche;

3.) die Verwaltung des Landes darf nur durch Landeskinder ausgeübt werden:

4.) die Rechtspflege muss verbessert werden. Die Schöffengerichte müssen nach deutschem Muster wieder eingerichtet werden. Die Schwurgerichtsverhandlungen sollen in Zukunft in deutscher Sprache geführt werden. Die Verbüssung verhängter Strafen soll nur innerhalb des Landes erfolgen;

5.) Die Eisenbahnen müssen nationalisiert werden;

6.) Eigene Staatsbank und eine eigene Postverwaltung;

7.) Die Bodenschätze sollen Eigentum des Volkes werden;

8.) Der Militärdienst wird in ausschliesslich elsässischen Formationen abgelegt, Kommandosprache ist deutsch;

9.) Die Sozialversicherung muss nach deutschem Muster aufrecht erhalten und verbessert werden.

10) Die städtischen Einrichtungen müssen aufrechterhalten die Freiheit der Kommunen muss erweitert werden.

11.) Zur Schlichtung der Streitig-